

Vresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Nachrichten Dresden
Herausgeber: Carl Schönbauer
Redaktion: Carl Schönbauer
Verlag: Carl Schönbauer

Abend-Ausgabe vom 1. bis 13. Dezember 1923 bei täglich zweimaliger Auflagenzahl 1.70 Mk.
Abend-Ausgabe vom 14. bis 24. Dezember 1923 bei täglich zweimaliger Auflagenzahl 1.70 Mk.
Abend-Ausgabe vom 25. bis 31. Dezember 1923 bei täglich zweimaliger Auflagenzahl 1.70 Mk.

Verlag: Carl Schönbauer
Herausgeber: Carl Schönbauer
Redaktion: Carl Schönbauer

Das Saargebiet in Gefahr! Angeheuerliche französische Entschlüsse

Paris, 7. Dezember. Die französische Vereinigung für das Saargebiet hielt gestern Abend eine stark besuchte Versammlung ab. In einer einstimmig angenommenen Tagesordnung wurde die Regierung aufgefordert,

die „französischen Interessen im Saargebiet und die Rechte, die Frankreich aus dem Versailler Vertrag herleitet“, energisch zu wahren.

Major Laurezac verwahrte sich in einem Vortrag dagegen, daß man in Deutschland den gegenwärtigen Zustand als Ungerechtigkeit, die wirtschaftliche und kulturelle Verelendung mit sich bringe, bezeichne. Der Vorsitzende der Vereinigung Rossignol, gleichzeitig Vorsitzender des Nationalen Frontkämpferverbandes, forderte energische Maßnahmen gegen die deutsche Werbearbeit im Saargebiet und meinte, daß Deutschland gerade hier die beste Gelegenheit habe, seinen Friedenswillen zu bekunden und seine moralische Abriistung zu beweisen.

„Das Saargebiet als Bindeglied zwischen Deutschland und Frankreich“

Das Leitmotiv der Ausführungen des Historikers und Publizisten Jacques Bardoux. Er ging von der Behauptung aus, daß man einen scharfen Trennungspunkt ziehen müsse zwischen dem Rheinlandproblem und dem Saarproblem. Wenn der Versailler Vertrag auch sonst Anlaß zur Kritik gebe, die Saarfrage habe er meisterhaft gelöst. Das letzte internationale Regime unter der Ägide des Völkerbundes müsse aufrechterhalten werden, nicht zuletzt um der Förderung der deutsch-französischen Verständigung willen. — In einem den Versammlungsmitgliedern ausgehändigten Druckblatt wird übrigens gesagt: Wenn die Dinge im Saargebiet so weiter gehen, ist es für die, die die Lage kennen, klar, daß die Liquidierung der Saarfrage zu einem Unglück für Frankreich führt.

Wir werden endgültig ein Gebiet verlieren, auf „das wir Jahrhunderte alte historische und juristische Ansprüche haben“.

Die Fortsetzung der bis auf den heutigen Tag betriebenen Politik führt uns auch sicher dahin. Man muß diese Politik ändern. Hauptbedingung hierfür ist, daß diese Änderung von einer starken Strömung der öffentlichen Meinung in Frankreich gefordert wird. Wenn diese Strömung sich einmal gebildet hat, die notwendigen finanziellen Mittel beschaffen sind und der allgemeinen gegenwärtigen Lage in Europa Rechnung getragen ist, dann muß ein Programm der Saarpolitik aufgestellt werden. (W.F.B.)

Die Pfalz fordert Freiheit Aber keine neuen Opfer

Berlin, 7. Dezember. Im großen Hörsaal der Heeresbibliothek in der Dorotheenstraße fand am Donnerstag Abend, veranstaltet vom Verein der Pfälzer in Berlin, zum Gedächtnis der 10-jährigen Befreiung der Pfalz eine ernste, vom tiefen patriotischen Geist erfüllte Gedankensunde statt. Als Vertreter des Reichstages war Ministerialrat Fischer erschienen, ferner bemerkte man Vertreter der bairischen Staatsregierung und den Chef der Heeresleitung, General Fene, Chefredakteur Franz Hartmann (Neustadt) und Oberbürgermeister Dr. Weich (Ludwigshafen) entrollten ein Bild von den Befreiungskämpfen der Pfalz. Zum Schluss seiner Rede führte Dr. Weich unter anderem aus:

In letzterer Einmütigkeit fordert das gesamte pfälzische Volk seine Freiheit immer lauter und lauter. Diese Bewegung ist eine elementare Volksempfindung. Wir fordern höchste Räumung als unser gutes Recht. Wir im besetzten Gebiet erklären in voller Einmütigkeit: So heißt uns die volle Freiheit erscheinen, so sehr lehnen wir es ab, daß unsere Freiheit zum Handelsobjekt gemacht wird. Wenn Frankreich uns die Freiheit jetzt nicht geben will, so bitten wir die Reichsregierung dringend, sich an keinerlei Bedingungen einzulassen. Wir wollen lieber bis 1930 oder gar 1935 die Lasten der Befreiung tragen, als auch nur noch ein Jochjähre zu sehen. Unserem Volk versichern wir: Keine Gewalt der Erde wird uns vom Mutterlande reißen.

Die Versammlung nahm diese Erklärung mit warmem Beifall entgegen. Im Sinne dieser Erklärung wurden Telegramme an Reichsaussenminister Dr. Stresemann, an die bayerische Staats- und die Pfalzregierung. Zum Schluss der würdigen Feier versicherten alle Anwesenden ihre Treue zur Pfalz in einem begeistert aufgenommenen Hochruf, an den sich das Deutschlandlied angeschlossen.

Unverschämtheiten polnischer Konsulatsbeamten

Schneidemühl, 7. Dezember. Wie aus Erklärungen des Stadtverordnetenvorstehers in der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag hervorging, haben sich die Beamten des polnischen Vizekonsulats in Schneidemühl, darunter auch der Konsul von Schwargenberg, in letzter Zeit schwere Verleumdungen und Schikanen gegen deutsche Reichsangehörige auszuüben begonnen. Einer Vertreterin wurde das polnische Visum verweigert, weil der Konsul der Schule das polnische Vizekonsulat angeblich propagiert hätte, da er seinen Schülern das Singen eines antipolnischen Liedes beim Vorbeimarsch an dem neu erbauten Konsulatsgebäude gestattet habe. Kein Lehrer und

keine Lehrerin würden nach den Erklärungen der Konsulatsbeamten ein Visum erhalten, solange nicht eine Entschuldigung beim Konsulat erfolgt sei. Auch dem Sohne des Konsultors, der sich zum Besuch der Gräber seiner Großeltern und seiner Schwester nach dem heutigen Polen begeben wollte, sei das Visum mit derselben Begründung verweigert worden. Auch die Frau eines Studienrates habe kein Visum erhalten. Ihr habe man die eigenartige Begründung gegeben, ihr Gatte habe ein Konzert dirigiert, auf dem Gensarmlieder gesungen worden wären. Einer Frau, die zur Verurteilung ihrer Mutter wolle, habe der Konsul persönlich aus einem wichtigen Grunde das Visum wieder verweigert. Auch sonst sei die Behandlung der Reichsdeutschen, die auf dem Konsulat zu tun haben, eine außerordentlich schändliche. Verleumdungen Deutscher seien an der Tagesordnung. Die Mitteilung des Stadtverordnetenvorstehers hat in Schneidemühl begriffliche Erregung hervorgerufen. Das Verhalten der Konsulatsbeamten spreche von einem derartigen abgelenkten Fanatismus und unheimlichen Haß, daß jedem Deutschen die Rote der Scham und der Empörung in das Gesicht schlagen müßte, wenn er auf deutschem Boden sich eine derartige Behandlung gefallen lassen solle. Die Vorgänge dürften noch ein diplomatisches Nachspiel haben, da das von der Stadt Schneidemühl gesammelte Material dem Auswärtigen Amt übergeben werden wird.

Dr. Stresemann beim Reichspräsidenten

Berlin, 7. Dezember. Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann vor seiner Abreise nach Lugano.

Stresemann gegen die Kriegsschuldfrage

Ein Nachruf auf Brodorski-Rangau

Berlin, 6. Dez. Die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas veranstaltete heute Abend in den Räumen des Vereins deutscher Ingenieure eine Gedächtnisfeier für den verstorbenen deutschen Botschafter in Moskau, Graf Brodorski-Rangau.

Nachdem das Demanquartell ein Andante von Schubert gespielt hatte, sprach Staatsminister a. D. Dr. Schmidt-Del, der Präsident der Gesellschaft, einige Begrüßungsworte für die zahlreichen erschienenen Trauergäste. Der Redner rühmte die Verdienste des Verstorbenen und die Pflege kultureller Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland.

Reichsminister Dr. Stresemann

betonte, daß es ihm eine Ehre, eine Pflicht und ein Bedürfnis sei, diesem führenden Staatmann des Deutschen Reiches, dessen Tod eine nahezu unaussprechliche Lücke hinterlassen habe, Worte des Gedenkens zu widmen. „Er war ein Wanderer zwischen zwei Welten.“ So führte der Minister aus, „zwischen dem alten und dem neuen Deutschland; es zog ihn nach Tradition und Vergangenheit zum Alten, und die Rücksichten des neuen Deutschland zu wirken; die nach Engherzigeren hielten sich daran, daß er das in Moskau tat.“ Aber Graf Brodorski-Rangau habe es tief empfunden, daß der Staat und das Volk weiter leben müssen, nicht die Früchte ein Mann des Volkes genießen, und daß er jeden verachtete, der vor seiner Aufgabe verzagte. Ein starkes Empfinden für seine Mitbürger und Untergebenen habe ihn gekennzeichnet. Mit bereiten Worten zeichnete der Minister den Weg, den der Verstorbene über Versailles bis nach Moskau gegangen sei. Dr. Dr. Stresemann, lehnte die Kritik ab, die von manchen Seiten an dem Verhalten des Grafen Brodorski-Rangau in Versailles geübt worden sei.

Eiegerhohn und Ungehörigkeit habe er in einem kühnen, aber berechtigten Protest zurückgewiesen, und das Wort, das Brodorski-Rangau damals gesprochen habe, „daß die Allenkinder Deutschlands in seinem Munde eine Lüge wäre“, sei treffend und angebracht gewesen.

„Auch in seiner diplomatischen Arbeit in Moskau,“ so führte der Minister weiter aus, „waren zwei Welten verbunden.“

Seine Tätigkeit in Moskau hat er stets als eine geschichtliche Mission angesehen und sein ganzes Leben nur der Politik geweiht. In Tischlerin, land er einen Gegenpieler, mit dem er bei Veranlassung der beiderseitigen Standpunkte Freundschaft zu entwickeln vermochte, die sich in herlicher Form auch in Tischlerins Rundgebung beim Tode des Grafen Brodorski-Rangau ausdrückte. Achtung für jeden, der von großen Gesichtspunkten aus auch andere Wege ging, als ihm selbst richtig erschienen, war ein anderer Wesenszug des Verstorbenen. „Die Befestigung der Freundschaft zwischen beiden Völkern wollen wir in keinem Sinne forschen.“ Wissend, daß er sterben müsse, war sein letzter Gruß an das Oberhaupt des Deutschen Reiches und an den Vertreter der Außenpolitik der

Aman Allahs Lage bedrohlich Kabul von der Außenwelt abgeschnitten?

Berlin, 7. Dezember. Ueber die Zustände in Afghanistan liegen weitere englische Nachrichten vor, die freilich mit einer gewissen Reserve aufgenommen werden müssen, da England den afghanischen Reformbestrebungen und der Unabhängigkeit des afghanischen Staates bekanntermaßen nicht sonderlich wohlgesinnt ist. Nach Berichten aus Lahore hat man nunmehr ohne Zweifel den Sohn des afghanischen Kaisertrügers Bacha Sakul als den Mann festgesetzt, der den Angriff der afghanischen Stämme auf Peshawar leitete. Auf dem Wege, der nach Kabul führt, sind zahlreiche Plakate angebracht, die eine enorme Prämie für den Kopf des Rebellenführers versprechen. Dieser hat nunmehr mit dem Versprechen einer Prämie für den Kopf von Aman Allah geantwortet. Es veranlaßt, daß die Regierung in Kabul in Anspruch wird, weil die Hindus-Mauselstreiber sich weigern, die gefährliche Route nach Peshawar anzutreten. Die britische Post ist überfallen worden und mußte in einem Frachtwagen nach Kabul zurückgebracht werden, weil es gefährlich gewesen wäre, weiter vorzudringen. Afghaniische Beamte flüchteten mit ihren Familien bereits nach Peshawar. Bei dem Brande des Königsplatzes spielten sich eigenartige Szenen ab. So machte z. B. beim Raben der Rebellen eine große Anzahl von Kraftwagenlenkern fecht und jagte in blinden Angst davon, anstatt die Rettungsaktion vorzunehmen, für die sie gekommen waren. Inzwischen strengten sich die Aufständischen mit Erfolg an, Kabul von der Außenwelt abzuschneiden. So kommt es aus, daß der britische Gesandte Durnpynt seinen Weihnachtsurlaub nicht antreten kann. In der Gesandtschaft in Kabul befinden sich auch zwei Engländerinnen. Die Nahrungsmittellieferungen für die Gesandtschaft sind vollständig eingestellt. Die Lage wird noch sehr verschlimmert durch mächtige Schneefälle im Kandahar. Im vergangenen Monat ist nur zweimal die Post durchgekommen. Die Freiberger berichten, daß der Sturm riesige Bäume umgeweht habe, die quer über die Pashtrage liegen, und daß es so gut wie unmöglich sei, überhaupt durchzukommen.

Sowjetunion gerichtet. In grimmigem Humor sprach er damals noch über die Freude, die seine Feinde über seinen Tod empfinden würden: „Auch ich bin schon seit Versailles gestorben,“ so meinte er; aber sein Leben war der Liebe zu seiner Familie, zu seinem Dienste, zu seiner Heimat und dem deutschen Vaterlande gewidmet. „Den Dank des Auswärtigen Amtes und des deutschen Volkes seiner Tätigkeit auszusprechen, wollen wir seiner geschichtlichen Mission stets gedenken,“ so schloß der Reichsaussenminister seine warm empfundenen Worte.

Sowjetbotschafter Krestinski

aus, daß die aufrichtigsten Sympathien auch unter den breitesten Massen Sowjetrußlands dem verstorbenen Grafen gewidmet gewesen seien, und warf die Frage auf, wie sich das gegenüber einem Vertreter der alten Aristokratie erkläre. Das wirtschaftliche Gemeinwohlinteresse habe die Grundlage des Rapallovertrages gebildet. Daraus sei eine ehrenvolle, aber schwierige Aufgabe für Brodorski-Rangau erwachsen, schwierig, weil er auf fremdem sozialen und politischen Boden mit einer großen Kunst der Unterscheidung zwischen Weisheit und Wesentlichem eine große Linie zu immer festerer Zusammenarbeit in Europa einzuhalten wußte. „Seine seine Art, ohne Vernachlässigung deutscher Interessen, vieler Zusammenarbeit einen freundschaftlichen Charakter zu verliehen, hat ihn uns teuer gemacht,“ so schloß der Botschafter, der dann den letzten Brief des Grafen Brodorski-Rangau an die Volkstommilitäre Tischlerin und Witwinow vom 8. September verlas, in dem er gewissermaßen die Fortsetzung seiner Arbeit an der deutsch-rußischen Verbindung als sein Testament hinterließ.

Die stimmungsvolle Feier endigte mit einem Adagio aus dem Streichquartett Nr. 3 Es-Dur von Mozart.

Hindenburg beglückwünscht Miklas

Berlin, 6. Dez. Reichspräsident v. Hindenburg hat an den neugewählten österreichischen Bundespräsidenten Miklas das nachstehende Telegramm gerichtet:

Dem Bundespräsidenten der Republik Oesterreich, Herrn Wilhelm Miklas, Wien. In der Uebernahme Ihres hohen Amtes als Bundespräsident der Republik Oesterreich bitte ich Sie, meine und des deutschen Volkes herzlichste Wünsche entgegenzunehmen. Möge Ihre Amtsführung dem österreichischen Bundesvolke, an dessen Geheiß Deutschland den innigsten Anteil nimmt, zum Glück und Segen gereichen.

Abreise Briands nach Lugano

Paris, 6. Dez. Minister des Auswärtigen Briand wird morgen früh 7 Uhr zur Teilnahme an den Arbeiten des Völkerbundesrates nach Lugano abreisen.

63 000 belgische Soldaten

Brüssel, 6. Dez. Die Kammer nahm am Donnerstag mit 85 gegen 61 Stimmen einen Gesetzentwurf an, der die Stärke des Heeres für 1929 auf 63 000 Mann festsetzt.